Nr. 307 Sonntags-Ausgabe
A 156

Berlin

Sonntag, 1. Juli 1928
V.

# Vossische Zeitung

Gegründet 1704

20 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postbonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Reise- und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1,— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665
für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

# Pilsudski macht seinem Herzen Luft

## Die polnische Verfassung „unmöglich"

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **Warschau**, 30. Juni

Marschall Pilsudski, jetzt Kriegsminister im Kabinett Bartel, gab der polnischen Presse heute ein längeres Interview, in dem er sich in seiner überaus drastischen Weise über die Gründe äußert, die ihn zum Rücktritt bewogen haben. Er ergeht sich darin in besonders scharfen Worten gegenüber dem polnischen Parlament und dessen Arbeitsmethoden, die ihm als Ministerpräsidenten die Tätigkeit auf Schritt und Tritt verleidet haben. Nicht seine angebliche Krankheit, so fährt er wörtlich fort, sei die Ursache seines Rücktritts gewesen. Er hätte auch Urlaub nehmen können, doch sei er aus ganz anderen wie Gesundheitsrücksichten zurückgetreten. Das erste Motiv sei die Tatsache, daß er den Posten des Kabinettschefs, wie er in der polnischen Verfassung verankert sei, für seine Person unerträglich findet. Er habe den Staatspräsidenten immer wieder davor gewarnt, daß er auf diesem Posten nicht lange werde ausharren können. Aber auch der Staatspräsident, führte Pilsudski aus, spiele in Polen eine vollkommen falsche Rolle. Der Staatspräsident besitze nicht einmal den Schatten einer Macht. Er dürfe sich weder seine Diener, noch seine Dienstmädchen, geschweige denn seine Minister selbst wählen. Die polnische Verfassung geht mit dem Staatspräsidenten so niederträchtig um, wie es niemand in der Welt „mit seiner Geliebten" tun würde.

„Nachdem ich den Befreiungskrieg Polens geführt hatte," sagte Pilsudski, wollte ich Polen sich selbst überlassen. Ich fragte mich, ob ich das polnische Parlament wie eine Prostituierte behandeln oder es mit meinem Fuß zertreten soll oder aber den Weg wählen, der Polen sich selbst überlassen würde. Hätte ich den ersten Weg gewählt, so wären Polen die Meinungänge erspart geblieben. Der polnische Sejm, den ich „einen Sejm der Prostituierten" nennen, hat die Verfassung absichtlich so gemacht, um dem populärsten Menschen in Polen die größten Gemeinheiten zu bereiten, die ein verwildertes und dummes Gehirn sich nur ausdenken konnte. Der Chef des Kabinetts steht in der polnischen Verfassung allmächtig aus. Diese Allmacht habe aber ihre Schattenseiten. Wenn ich im Laufe der letzten zwei Jahre soviel getan habe, so geschah dies nur deshalb, weil Bartel einen Teil meiner Arbeit abgenommen hat. Hätte ich sämtliche Pflichten eines Kabinettschefs erfüllt, so hätte ich in Polen auch nicht das mindeste erreicht.

Die Hauptarbeit des Ministerpräsidenten besteht darin, formelle Kleinigkeiten zu erledigen. Die Allmacht des Ministerpräsidenten geht in der Flut der Papiere völlig unter. Ein jeder Pole glaubt, auf Grund der in Polen bestehenden Protektionswirtschaft im Ministerpräsidenten einen Winkeladvokaten für sich zu sehen. Alle meine lieben Herrn Minister haben es gern, mir alle Arbeit zuzuschieben. Aus diesem Grunde ist mir mein Amt verhaßt geworden. Die einzige Rettung bahnt war die Demission. Als ich als Ministerpräsident keine Möglichkeit sah, die Arbeitsmethoden des Sejm länger mitanzusehen, stand ich vor der Alternative, entweder in Polen neue Rechte einzuführen oder meinen Rücktritt zu beantragen. Ich wählte den zweiten Weg. Dabei habe ich dem Staatspräsidenten noch einmal geraten, daß er außer mir und Bartel sich noch andere Leute suchen möge, die abwechselnd die schwere Arbeit des Ministerpräsidenten erledigen könnten. Ich habe dem Staatspräsidenten jedoch zugesichert, daß ich mich in kritischen Zeiten gern zu seiner Verfügung halten werde. Die Direktiven der internationalen polnischen Politik bleiben jedoch weiterhin in meiner Hand."

# Die deutschen Sicherheitsvorschläge

## Als Grundlage eines Kollektiv-Vertrages

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

jb **Genf**, 30. Juni

**Die deutschen Vorschläge zur Kriegsverhütung wurden heute nachmittag im Sicherheitskomitee des Völkerbundes behandelt. Sie zielen, wie wiederholt sei, darauf ab: für die drei Fälle**

**1. eines Konflikts, der dem Völkerbundrat unterbreitet ist,**
**2. einer tatsächlich bestehenden Kriegsgefahr und**
**3. schon ausgebrochener Feindseligkeiten**

eine Aktion des Völkerbundrates zu ermöglichen, die dem Rat die Regelung des Konfliktes in wirksamer Form gestattet. Dabei soll der Rat bis zur Vorschreibung des Waffenstillstandes an die streitenden Parteien gehen können. Weiter wird die Frage aufgeworfen, ob in allen diesen Fällen der Rat einstimmig entscheiden muß, oder ob es nicht vorzuziehen sei, ihm gewisse Befugnisse zu geben, mit einfacher oder qualifizierter Mehrheit seine Beschlüsse in derartigen Fällen zu fassen. Schließlich wird die Frage erörtert, ob diese Vereinbarungen die Form eines allgemeinen Protokolls, oder einer Konvention annehmen sollen.

Nach längerer Debatte beschloß die Kommission auf Antrag des belgischen Berichterstatters Rolin-Jacquemyns und unter Zustimmung des deutschen Delegierten v. Simson, das Redaktionskomitee mit der Ausarbeitung meines Entwurfes zu einem Kollektivvertrage im Sinne der deutschen Vorschläge zu beauftragen. Staatssekretär v. Simson bemerkte gegenüber Aeußerungen des englischen Delegierten Lord Cushendun und des japanischen Delegierten Sato, die gegen ein allgemeines Protokoll, das von allen Staaten zu unterzeichnen wäre, Bedenken geltend gemacht hatten, daß die ursprüngliche Idee der deutschen Regierung allerdings ein solches allgemeines Protokoll gewesen sei. Er wolle aber darauf nicht bestehen, sondern sich mit einem Kollektivvertrage begnügen, dem, wenn auch nicht alle Staaten, so doch möglichst viele Regierungen beitreten sollten. Infolge eines Antrages des polnischen Delegierten Sokal wurde aber dieser Beschluß nur für vorläufig erklärt, weil die Kommission sich nicht auf eine bestimmte Vertragsform für die deutschen Vorschläge festlegen könne, bevor ihr Inhalt genau feststeht.

Trotz mehrfacher Einwendungen des englischen Delegierten, der den deutschen Vorschlag als einerseits zu unbestimmt und bereits im Völkerbundpakt enthalten und andererseits als zu weitgehend bezeichnete, wurde der erste deutsche Vorschlag schließlich dem Redaktionskomitee überwiesen. Er besagt: „Für den Fall, wo dem Rat eine Streitfrage unterbreitet ist, mögen sich die Staaten im voraus verpflichten, diejenigen vorläufigen Empfehlungen des Völkerbundrates anzunehmen, die speziell zu dem Zweck erfolgen, einer Erschwerung oder Ausdehnung des Streitfalles vorzubeugen und alle Maßnahmen der Parteien zu verhindern, die eine schädliche Rückwirkung auf die Durchführung der vom Rat vorzuschlagenden Einigung haben könnten."

In ähnlicher Weise empfiehlt der zweite deutsche Vorschlag die Uebernahme der Verpflichtung, auf Anordnung des Rates im Falle der Kriegsgefahr den normalen militärischen Friedensstand aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen. Im Verlauf der sehr ausgedehnten Debatte erklärte sich der englische Delegierte Lord Cushendun sehr scharf gegen diesen Vorschlag, den er auf Grund militärischer Gutachten als undurchführbar und unannehmbar bezeichnet. Der polnische Delegierte Sokal erklärte die grundsätzlich freundliche Einstellung der polnischen Regierung zu den deutschen Vorschlägen und betonte die Notwendigkeit einer gewissen Kontrolle als unentbehrliche Ergänzung zu diesem Vorschlag, während Paul-Boncour sogar Sanktionen für die Durchführung dieses Vorschlages für notwendig erklärte. Jedenfalls könne der Rat nur Anordnungen erlassen, deren Durchführung er auch zu kontrollieren in der Lage ist, weil sonst die Annahme solcher Anordnungen auf eine Duplierung der Gutwilligen und eine Prämie für den Böswilligen hinauskommen würde. Staatssekretär v. Simson betonte gegenüber Lord Cushendun, daß militärische Gutachten bei allem Respekt für die Militärs hier keine ausschlaggebende Rolle spielen könnten, denn es handle sich nicht um eine militärische, sondern um eine politische Frage. Mit der Durchführung eines gewissen Prüfungsverfahrens hätte sich schon im März einverstanden erklärt.

Preußische Staatsbibliothek Berlin
STAATS-BIBLIOTHEK ZU BERLIN KULTURBESITZ
2 Zeitg 1621
0001

# Die Endgültigen

Von

**Georg Bernhard**

In Berlin weilt augenblicklich der englische Schriftsteller Edgar Wallace. Ein alter Journalist, der aus der Kriminalreportage allmählich in die Bezirke selbständiger Kriminalerzählungen gelangte und heute zu den fruchtbarsten Kriminalschriftstellern gehört, über dessen Schaffenskraft und Erfindungsgabe die Berufsgenossen neidvoll staunen. In immer neuen Formen hat Wallace den Trick erprobt, den wirklich Schuldigen bis kurz vor dem Schluß versteckt zu halten, obwohl er als Person mitten unter den Handelnden agiert. Auch diejenigen Deutschen, die sich mit Unrecht für zu gebildet halten, um Kriminalromane zu lesen, haben durch die Bühnenaufführung seines etwas plump dramatisierten Romans, der „Herzer", eine Kostprobe der Geschicklichkeit seiner Equilibristik erhalten. Seine Besonderheit besteht darin, daß der Leser vorübergehend jede in dem Roman auftauchende Person einmal mit einem gewissen Recht für schuldig hält. Eine ganz ähnliche Sensation kann sich verschaffen, wer nacheinander durchliest, was über die Bildung des Kabinetts Hermann Müller während der letzten Tage in den verschiedenen Zeitungen geschrieben ist. Wer hat die große Koalition vereitelt? Wer hat die Krise in die Länge gezogen. Wer ist schuld daran, daß Brauns nicht mehr Arbeitsminister ist? Wer hat den Reichspräsidenten bewogen, keinen Bizekanzler zu ernennen. Wer hat Wirth die Türen zum Kabinett zugeschlagen? Wenn man die Berichte liest, wird einem ganz wirr im Kopf. War es Scholz, war es Stresemann? War es Hermann Müller oder Stegerwald oder gar Wirth selbst? Und die Verwirrung wird hier noch um so größer, als die meisten Akteure selbst das Wort, sei es in Interviews, sei es in Zeitungsartikeln, nehmen und mehr oder weniger deutlich durchblicken lassen, wen sie für den Schuldigen halten. Natürlich ein jeder den anderen. Das ist ja alles sehr interessant. Es sollte aber doch — wenn man Kleines mit Großem vergleichen darf — genau wie das Problem der Schuld am Weltkrieg zur völligen Aufhellung den späteren Historikern überlassen bleiben. Und es wäre kaum ein Glück, wenn diese Diskussion nun etwa noch einen Widerhall in der Plenarberatung des Reichstages fände. Es handelt sich jetzt für die Parteien, die das neue Kabinett zu stützen haben, darum, sich im Laufe der Regierungsarbeit enger zusammenzufinden, nicht aber darum, sich schon am Beginn der Kabinettstätigkeit auseinander zu reden. Das Kabinett Hermann Müller ist da. Wir wollen nicht mehr untersuchen, wie es zustande gekommen ist, sondern wir wollen trachten, es zu stützen, und zu fruchtbarer Arbeit anzuregen.

*

Dieses Kabinett ist seit langer Zeit wieder einmal das erste, das nach den Grundsätzen eines gesunden Parlamentarismus ins Leben trat. Gewiß nach schweren Geburtswehen, nach vielen Umwegen, die durch das Gespräpp falsch verstandener Demokratie führten. Aber schließlich ist doch ein Kind geboren, das Lebenskraft besitzt. Die Männer, die die Portefeuilles übernommen haben, werden auf Grund ihres Arbeitsprogramms zunächst das Vertrauen des Reichstages bekommen. Die Parteien, die für dieses Kabinett stimmen, werden die Parteien der Großen Koalition sein. Möglich, daß der eine oder andere Volksparteiler und Zentrumsmann noch beiseite stehen wird. Darüber soll nicht gerechtet werden. Es muß die Aufgabe der Regierung Hermann Müller sein, von der Volkspartei bis zur Sozialdemokratie alle Mann hinter sich zu bringen und als Stütze zu behalten. An einen „liberalen Großblock", dessen Bildung Joseph Wirth befürchtet, denkt niemand. Das Zentrum ist in dem Kabinett ja nicht durch irgendein beliebiges Mitglied, sondern durch seinen früheren Fraktionsvorsitzenden v. Guérard vertreten. Er kann jederzeit eins der von ihm geführten Ministerien für einen Fraktionskollegen frei machen. Und es wird sich für einen dritten Zentrumsmann sehr leicht ein weiteres Plätzchen schaffen lassen. Damit, und nicht mit irgend welchen Verschwörungen gegen das Zentrum, rechnen mindestens die Demokraten und die Sozialdemokraten. Und von Stresemann wird man kaum annehmen dürfen, daß er schwarze Pläne (oder gar antischwarze) im Busen birgt.

*

Es ist begreiflich, daß die Gegner sich bereits jetzt die Schwierigkeiten schmecken lassen, vor denen angeblich die neue Regierung stehen soll. Sie bezeichnen sie als eine „provisorische Regierung", oder als ein „Ferienkabinett". Es laufen auch bereits wieder Leute herum, die die Verwirrung, die voraussichtlich im Herbst entstehen werde, als so groß ansehen, daß aus ihr nur ein einziger Ausweg, nämlich die schleunige Auflösung des Reichstages, herausführen könne. Totgesagte leben in der Regel lange. Man kann dieses schöne Sprichwort noch dadurch ergänzen, daß zumeist vorausgesagte Gewitter